

Das scheint das Motto der neuen Regierung zu sein. Insbesondere geht es dieser Regierung natürlich um eine Sprache: Deutsch. Verschiedenste Maßnahmen sollen Kinder mit „unzureichenden“ Deutschkenntnissen treffen. Dazu gehören ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr, Deutschklassen vor Besuch des Regelunterrichts oder die Bildungspflicht bis 18 Jahre (die allerdings Muttersprachler*innen genauso treffen kann).

Solche Maßnahmen sind nicht nur rassistisch sondern auch pädagogisch absoluter Blödsinn. Einerseits ist wissenschaftlich erwiesen, dass neue Sprachen um ein Vielfaches leichter erlernt werden können, wenn die Erstsprache (Muttersprache) vollständig beherrscht wird. Darüber hinaus ist es jedes Menschen eigene Entscheidung welche Sprachen man erlernt und welche nicht. Die allermeisten Menschen die in Österreich leben, wollen die deutsche Sprache beherrschen, denn tun sie es nicht erschwert es ihnen selbst das Leben in unzähligen Situationen, doch gibt es viele Barrieren zum Erlernen der Sprache. Zu wenig Zeit, zu wenig Geld oder keine geeigneten, qualitativ hochwertigen Kurse sind nur einige zentrale Gründe. Doch welche Sprache man spricht oder eben nicht spricht darf keinen so großen Einfluss auf die Möglichkeiten die einem Menschen gegeben werden haben! Gleichzeitig müssen Möglichkeiten geschaffen werden die Kommunikation zu verbessern und Weiterbildung zu fördern.

Zum Anderen werden Kinder durch solche Maßnahmen bereits in frühester Kindheit abgesondert. Es werden Kinder mit Migrationshintergrund von inländischen Kindern gezielt getrennt. Es ist dabei nach bisherigen Erfahrungen durchaus auch realistisch, dass die Sprachkenntnisse in der Realität dabei weniger Rolle spielen als der Klang des Namens und das Herkunftsland. Sie sollen Deutsch lernen, werden aber untereinander kaum deutsch reden, wenn alle Kinder mit Deutsch als Erstsprache in einer anderen Klasse sitzen. So werden sie künstlich von den anderen Kindern abgesondert und das von einer Regierung, die sich „Integration“ auf die Fahnen geschrieben hat. Dazu kommt, dass sie durch die verzögernden Maßnahmen auch älter sein werden als der Rest der Klasse, was die soziale Integration in der Klasse weiter erschweren kann. Es wird also eigentlich die Schaffung von „Parallelgesellschaften“ gefördert und die Integration erschwert – also genau das Gegenteil von dem was die Regierung vorgibt haben zu wollen. Anstelle eine Möglichkeit zu schaffen, dass alle Kinder, egal woher sie kommen und welche Sprache sie sprechen, gemeinsam die gleichen Chancen bekommen und miteinander lernen, werden so viele Migrant*innen noch mehr ausgegrenzt und ein gemeinsames und kollektives Zusammenleben an der Schule erschwert.

Nicht zuletzt wird ein Leben lang im Lebenslauf erkennbar sein, dass die Schule später begonnen wurde und, dass man als Kind noch kein perfektes Deutsch gesprochen hat (was wohl die wenigsten Kinder tun). Das kann in einer rassistischen Gesellschaft, wie der in der wir heute leben, die Berufschancen nachhaltig vermindern.

Sprachen lernen schwer gemacht

Samstag, den 16. Dezember 2017 um 19:22 Uhr - Aktualisiert Sonntag, den 17. Dezember 2017 um 12:11 Uhr

Wir wollen keinen Rassismus in der Schule! Wir wollen mit unseren Kindergartenfreund*innen und den Nachbarskindern gemeinsam in einer Klasse sitzen, unabhängig vom Herkunftsland! Wir lassen uns nicht einfach so trennen!

Deshalb gehen wir am Montag den 18.12. gegen die Angelobung der Regierung auf die Straße! Wir treffen uns um 8:30 Uhr bei Landstraße/Wien Mitte zum Schulstreik gegen diese Regierung und ihre rassistische und bildungsfeindliche Politik!